

Roland Süß vom Attac-Koordinierungskreis hat im neusten Newsletter https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/Rundbriefe/Attac_Rundbrief_2019_3.pdf einen hochaktuellen, sehr aufschlussreichen Artikel zum Mercosur-Freihandelsabkommen "Das Handelsabkommen bedroht Mensch und Umwelt" geschrieben. Unser Sprecher Gerechter Welthandel, Helmut Gelhardt, weist auf diesen wertvollen Artikel hin.

„Mercosur-Abkommen stoppen!

Das Handelsabkommen bedroht Mensch und Umwelt

Mit einem Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Argentinien, Paraguay, Uruguay und Brasilien soll die größte Freihandelszone der Welt entstehen. Angeblich ist das Abkommen fertig ausgehandelt, aber der Widerstand hält an:

Am 18. September haben Bäuerinnen und Bauern die Zufahrt zu Deutschlands größtem Hafen für Futtermittelimporte im niedersächsischen Brake blockiert. Sie demonstrierten damit gegen den Import von Soja und Fleisch, der durch das EU-Mercosur Handelsabkommen weiter zunehmen würde.

Am selben Tag hat der EU-Unterausschuss im österreichischen Parlament die österreichische Regierung verpflichtet, im EU-Rat ein Veto gegen den Handelsvertrag einzulegen. Damit ist das EU-Mercosur-Abkommen vorerst gestoppt. Auch Frankreich, Irland und Luxemburg wollen das Abkommen so nicht ratifizieren; im Europaparlament werden Gegenstimmen laut. Möglich wurde dies einerseits, weil fünf Jahre Widerstand gegen TTIP, CETA und Co die Ablehnung von »Freihandelsabkommen« weit in die Mitte der Gesellschaft getragen haben, und andererseits, weil sich eine breite Klimabewegung weltweit Gehör verschafft. So haben die weltweiten »Fridays for Future«-Demonstrationen am 20. September gezeigt, wie vielfältige Bewegungen gemeinsam denken und gemeinsam handeln können. Es ist deutlich geworden, dass diese Bewegungen zusammengehören. Der Welthandel ist in den letzten Jahrzehnten wesentlich stärker als die Warenproduktion gestiegen, weltweite Handelsströme verursachen ein Viertel der globalen Treibhausgasemissionen. Die katastrophalen Auswirkungen des Welthandels auf das Klima spielen daher in der Klimadebatte eine immer stärkere Rolle.

Der Amazonas-Regenwald brennt für einen weiteren rücksichtslosen Ausbau von Sojaanbau und Rinderzucht. Sojaimporte sind auch in Europa die Grundlage für industrielle Massentierhaltung, die zunehmend für den Export produziert – was hier nicht nur das Klima zusätzlich belastet und das Grundwasser verseucht, sondern ebenso die bäuerliche Landwirtschaft durch Dumpingpreise unter Druck setzt. Der Wettbewerbsvorteil, den die Agrarlobby in den Mercosur-Staaten beim Rindfleisch durchgesetzt hat, führt dazu, dass sich die Wettbewerbssituation der Bäuer*innen hier in Europa verschlechtert. Gleichzeitig wird den Kleinbäuer*innen in Afrika der Zugang zum europäischen Markt erschwert und damit deren Existenzgrundlage bedroht – so »bekämpft« die EU Fluchtursachen. Kleinbauern und

Kleinbäuerinnen in Europa und Afrika haben also eines gemeinsam: Sie sind Opfer solcher Freihandelsabkommen, die durch eine Steigerung von Agrarimporten die industrielle Landwirtschaft und Massentierhaltung von Agrarkonzernen fördern.

Wo neoliberale Wachstumsversprechen nicht mehr ausreichen, übernehmen immer öfter rechtsextreme, faschistische Hardliner das Ruder. Der brasilianische Präsident Bolsonaro, laut Deutscher Bank der »Wunsch kandidat der Märkte«, ist Freund und Protegé der Agrarlobby. Bolsonaro wird unter anderem mit dem Satz zitiert, er bedauere, »dass die brasilianische Kavallerie nicht so effektiv war wie die Amerikaner, die ihre Indianer ausgerottet haben«. Indigene Schutzgebiete sollen für eine stärkere wirtschaftliche Ausbeutung geöffnet, dafür indigene Gemeinschaften vertrieben und der Regenwald für Wirtschaftsinteressen vernichtet werden.

Die Bundesregierung will selbst nach den Waldbränden im Amazonas-Gebiet nicht das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten blockieren. Das Abkommen enthalte »ein ambitioniertes Nachhaltigkeitskapitel mit verbindlichen Regelungen zum Klimaschutz«, so ein Sprecher. Das Mercosur-Abkommen ermögliche der EU, Druck auf Bolsonaro aufzubauen. Die Bundesregierung musste jedoch mittlerweile eingestehen, dass das EU-Mercosur-Abkommen keinerlei Sanktionen vorsieht, falls die brasilianische Regierung weiter Brandrodungen im Amazonasgebiet vorantreibt oder gegen das Pariser Klimaschutzabkommen verstößt.

Das Grundprinzip aller Nachhaltigkeitskapitel in EU-Handelsabkommen ist eben: sie verpflichten zu nichts. Sie zünden Nebelkerzen aus unverbindlichen Dialogen und gegenseitigen Konsultationen und beschwören die Entwicklung und Anwendung freiwilliger Systeme. Wirkliche Durchsetzungsmechanismen sind nicht erwünscht.

Dass die Bundesregierung das Abkommen nicht verhindern möchte zeigt deutlich, dass für sie die Exportinteressen der deutschen Auto-, Maschinen- und Chemieindustrie eine wichtigere Rolle spielen als Umwelt, Klimaschutz, eine nachhaltige Landwirtschaft, Verbraucherschutz oder Menschenrechte.

Auch wenn die Zukunft des Mercosur-Abkommens noch lange nicht entschieden ist, lässt doch eines hoffen: Soziale Kämpfe verlaufen nie gradlinig. Von TTIP über CETA und Co zu Mercosur ist eine neue Dynamik entstanden. Eine Dynamik, die Bewegungen zusammenbringt. Jetzt gemeinsam das EU-Mercosur-Abkommen zu verhindern könnte auch der Anfang vom Ende von CETA und Co und ein Mosaikstein im Aufbruch zu einem ganz anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell sein.“

Roland Süß, Attac-Koordinierungskreis und AG Welthandel und WTO